



Landtagswahl 2013 - Ihre Stimme zählt

Der neue Ministerpräsident für Niedersachsen: Stephan Weil

Sehr geehrte Diepholzerinnen und Diepholzer!

Wir Sozialdemokraten legen den Niedersachsen ein sehr überzeugendes Programm vor.

Die schwarz-gelbe Regierung geht nicht auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ein, zentrale Probleme werden nicht gelöst oder nicht einmal angefasst.

Es herrscht Stillstand in der Landespolitik.

Niedersachsen braucht endlich wieder eine Politik mit positiven Perspektiven, eine neue Politik, die den Menschen Mut und Lust auf die Zukunft macht.

Meine politischen Ansichten in Kürze, gewissermaßen als Steckbrief:

Staatsverständnis: Ich bin Anhänger eines aktiven Sozialstaats, der in die Zukunft investiert. Liberalisierung und Privatisierung lehne ich ab.

Finanzen: Ich stehe für solide Staatsfinanzen, die

Schuldenbremse ist für mich verbindlich. Deshalb gibt es von mir keine Versprechungen. Umso wichtiger ist, in Berlin für auskömmliche Finanzen unseres Landes und seiner Kommunen zu kämpfen.

Arbeit und Wirtschaft:

Erfolgreiche Unternehmen und faire Arbeitsbedingungen sind die Grundlage unseres Wohlstands. Deswegen haben diese Bereiche für mich Priorität.

Bildung: Ein Riesenthema in Niedersachsen. Wir müssen die Kinderbetreuung ausbauen und die frühkindliche Bildung verbessern. Wir benötigen deutlich mehr Ganztagschulen. Und wir werden Schluss machen mit der Diskriminierung von Gesamtschulen.

Hochschulen: Studienbeiträge habe ich schon immer abgelehnt. Sie abzuschaffen und zugleich den Hochschulen die fehlenden Mittel zu ersetzen, ist mein Ziel.

Integration: Niedersachsen ist groß und bunt. Alle Menschen müssen die gleichen Chancen haben, egal woher sie oder ihre Eltern kommen. Dasselbe gilt für Menschen mit Handicaps. Mit der Inklusion steht eine große Aufgabe an.

Demografischer Wandel:

Manche Regionen in Niedersachsen wachsen stark, andere schrumpfen. Bis jetzt fehlt jede Strategie des Landes bei diesem Schlüsselthema. Gerade auch die Regionen mit Bevölkerungsrückgang müssen eine Perspektive erhalten.

Kommunen: Meine Basis. Ich bin aus Überzeugung Kommunalpolitiker, in den Städten, Gemeinden und Kreisen werden die Grundlagen für ein funktionierendes Gemeinwesen geschaffen. Vielen Kommunen steht das Wasser bis zum Hals, sie müssen wieder handlungsfähig werden. Dafür werde ich mich vor allem in Berlin einsetze

setzen.

Umwelt und Energie: Für die Energiewende habe ich mich als Repräsentant der Stadtwerke massiv engagiert. Es reicht nicht, die Atomkraftwerke abzuschalten. Niedersachsen kann bei den Erneuerbaren das Energieland Nr. 1 werden.

Kultur: Es ist eine gute sozialdemokratische Tradition, der Kultur Freiräume zu verschaffen. Daran will ich anknüpfen.

Mein Politikstil: Ich arbeite wie viele Bürgermeister – bürgernah, sachlich, pragmatisch. Diese Tugenden könnten der Landespolitik gut tun, finde ich.
Zum Schluss: Bestimmt ist vieles nicht gesagt. Wer mehr von mir wissen will, wird auf www.facebook.de/stephan.weil mehr finden. Ich freue mich auf die Diskussion!



Dr. Thomas Schulze
Bürgermeister(kandidat)

Bürgermeisterwahl 2013

Anpacken. Besser Machen.

2005 nominierten und unterstützten die Diepholzer Sozialdemokraten Dr. Thomas Schulze für die Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister. Im Jahr 2013 findet erneut die Bürgermeisterwahl statt. Eine Mitgliederversammlung der SPD hat die erneute Unterstützung von Dr. Thomas Schulze beschlossen. „Entscheidende Grundlage war die Frage von inhaltlichen Gemeinsamkeiten bei wichtigen Zukunftsthemen“, erklärt SPD-Vorsitzender Ingo Estermann. In mehreren Sitzungen wurde ein Katalog gemeinsamer Ziele der nächsten Jahre erarbeitet, auf deren Grundlage sich die Mitgliederversammlung ihr Urteil gebildet hat. „Sachbezogenen, aufgabenorientiert - auf Basis einer ehrlichen und verlässlichen menschlichen Basis - auf dieser Linie“, so betont Dr. Thomas Schulze, „wollen Sozialdemokraten und ich in den nächsten acht Jahren zusammenarbeiten“. Der Katalog befasst sich mit folgenden Themengebieten:

- **Soziales/Bildung**

- **Wirtschaft/Arbeitsplätze**

- **Haushalt der Stadt Diepholz**

- **Stadtentwicklung und Umwelt**

- **Zentralität des Mittelzentrums Diepholz**

- **Diepholz im Dialog**

Nähere inhaltliche Erläuterungen zu den Themen finden Sie unter www.spd-diepholz.de.

Die Ziele der **SPD**

- + Angebot für die Kinderbetreuung in Kitas, Horten und Schulen bedarfsgerecht und flächendeckend verbessern.
- + Junge Menschen über alle sozialen Schichten hinweg fördern. Inklusion und Integration verbindlich festlegen. Ausbau von Kitas, Alle Schulen schrittweise zu Ganztagschulen mit Lehrerstunden umgestalten.
- + Wir stehen zur Schuldenbremse! Schuldenabbau des Landes darf nicht zu Lasten der niedersächsischen Kommunen gehen.
- + Grundversorgung des ländlichen Raums in allen Bereichen des täglichen Lebens gewährleisten.
- + Förderung von Zukunftsmärkten wie der Mobilitätswirtschaft, der maritimen und der Energiewirtschaft, der sozialen Gesundheits- und der Tourismuswirtschaft.
- + Ambulante Versorgungsstrukturen fördern, pflegebedürftige Menschen sollen so lange wie möglich selbstbestimmt leben können.
- + Integration von Kriminal- und Schutzpolizei zur Bürgerpolizei weiter verfolgen. Entwicklungschancen im polizeidienst gerechter gestalten.
- + Migrantenfamilien den Zugang zu frühkindlicher Bildung erleichtern, um den Zugang zur deutschen Sprache zu erleichtern.
- + Ökosystem mit einer nachhaltigen Umweltpolitik schützen. Der Wirtschaft Konzepte für innovativen Umweltschutz vorschlagen.

Liebe Bürger: WIR sind FÜR EUCH da. Wir arbeiten für euch und eure Ideen und Wünsche für unsere Stadt. Wir verlieren uns nicht in unsinnigem / unsachlichem Parteiengeklüngel.

Uns geht es NUR um die Sache und dafür kämpfen wir. Wir "gewinnen" nicht immer, aber ihr könnt darauf zählen, dass wir euch zuhören, mit euch diskutieren und EUCH und eure Anliegen ernstnehmen.



Die Bilanz von CDU/FDP

- Die Bilanz von Schwarz-Gelb in Sachen Betreuungsangeboten für Kinder sind verheerend
- Die verfehlte Bildungspolitik benachteiligt junge Menschen und bringt sie um ihre Chancen. Schwarz-Gelb sind in Niedersachsen die politischen Farben der Bildungsarmut
- CDU/FDP sind die Schuldenkönige Niedersachsens. Die Landeschulden erhöhten sich um 50% auf die Rekordsumme von rund 60 Milliarden Euro.
- CDU/FDP haben seit fast einem Jahrzehnt die demografische Entwicklung verschlafen.
- Eine geschlossene Mittelstandspolitik fehlt in der Wirtschaftsförderung ebenso wie eine Innovationsstrategie, um die Potentiale der niedersächsischen Wirtschaft zu erschließen.
- Pflegenotstand und der Marsch in die Billigpflege sind Resultate der CDU/FDP-Politik.
- CDU/FDP haben Aufgaben Aufgaben der Polizei als „Bürgerpolizei“ verwässert.
- Immer wieder tut sich die Koalition durch rigiden Umgang mit Flüchtlingen und Ihren Familien hervor.
- Markenzeichen von CDU/FDP ist „Naturschutz mit der Kettensäge“

Bildungspolitik

Die von der Bertelsmann Stiftung vorgestellte Studie „Schulformwechsel in Deutschland – Durchlässigkeit und Selektion in den 16 Schulsystemen der Bundesländer innerhalb der Sekundarstufe I“ ist für Niedersachsen beschämend. Jetzt, nach 10 Jahren CDU-Schulpolitik von Bildungsexperten Wulff, McAllister und Karl-Heinz Klare ist es amtlich: Das niedersächsische Schulsystem hat bundesweit das ungünstigste Verhältnis zwischen Auf- und Absteigern. Nach Angaben der Studie wechseln deutlich mehr Schüler und Schülerinnen von der Realschule zur Hauptschule bzw. vom Gymnasium zur Realschule als sonst irgendwo in der Republik. Wechsel in umgekehrter Richtung kommen hingegen nur selten vor. Falsch wäre es, aus der Studie Forderungen nach einer strikteren Trennung und höheren Zugangshürden zu formulieren. Wir brauchen in Niedersachsen keine Kultur der Abschulung, die Kinder und Jugendliche abqualifiziert und stigmatisiert. Wir brauchen eine Kultur der Durchlässigkeit und der individuellen Förderung.

Deshalb ist es notwendig, nach einem Regierungswechsel in Niedersachsen die Schullaufbahneempfehlung und die damit verbundenen

Abschulungsmöglichkeiten abzuschaffen. Der Elternwille bleibt in Niedersachsen frei. Die von Schwarz-Gelb immer wieder geforderten Einschränkungen des Elternwillens wird es mit einer SPD geführten Landesregierung nicht geben. Wir werden Orientierungshilfen und mehr individuelle Förderung ermöglichen.

Die SPD will es allen Schulen ermöglichen, echte, gebundene Ganztagschulen zu werden. Da dies unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht in einem Schritt zu leisten ist, wird der Ausbau einem Prioritäten- und Stufenplan folgen. Eine SPD-Landesregierung wird Möglichkeiten ausloten, für Ganztagschulen eine enge Kooperation mit benachbarten Horten einzurichten.

Unser Landtagskandidat '13



„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten“
(Willy Brandt)

Joachim „Jo“ Oltmann

SPD-Landtagskandidat bei der Landtagswahl am 20.01.2013





JFZ am Scheideweg

Seit Mitte der 70'er Jahre hat Diepholz ein Jugendfreizeitzentrum (JFZ). Heute, fast 30 Jahre nach der feierlichen Eröffnung, steht das JFZ am Scheideweg. Vieles hat sich geändert. Der Großteil der Räume wird schon heute nicht mehr vom JFZ selbst, sondern von Dritten genutzt. Wie das JFZ eine Zukunft hat, steht in den Sternen. Im Rathaus gibt es die Überlegung, das JFZ an der Bahnhofstraße aufzugeben. Das JFZ soll in einem Bürgerzentrum aufgehen. Seit einigen Tagen liegt den Fraktionen ein Raumkonzept für ein eventuelles Bürgerzentrum vor. Dieses soll im Rahmen des Programms Soziale Stadt eine zentrale Einrichtung und Anlaufstelle für die Menschen der Stadt werden. Viele An-

gebote von Institutionen und Verbänden sollen sich darin wiederfinden, so stelle für die Menschen der Stadt werden. Viele Angebote von Institutionen und Verbänden sollen sich darin wiederfinden, so dass eine soziale Vernetzung stattfinden kann. Dieser Ansatz ist erst einmal ausdrücklich zu begrüßen. Mehr als fraglich ist, ob das als Grundlage für die offene Jugendarbeit ausreicht. Jugendarbeit ist keine freiwillige Leistung. Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung und Förderung der Jugendarbeit. Wir als SPD wollen noch mehr Jugendliche für die offene Jugendarbeit gewinnen. Dafür benötigen Jugendliche aber attraktive räumliche Angebote mit eigenen Freiräumen, unabhängig von

den Erwachsenen. Einen Raum für Tanz, Disco und Kino bzw. ein Probenraum für Bands gab es bisher. Offene Bereiche für Tischennis, Billard, gemütliche Sitzgelegenheiten, ein Café mit ansprechend jugendgerechtem Ambiente, Kicker, Tischtennis, ein Kreativraum für Gruppenarbeit mit speziellen Angeboten sowie Werkstattbereiche sind notwendige Angebote für Jugendliche und derzeit vorhanden. Wie das auf 30 qm Platz

stattfinden soll ist für uns nicht klar. Wir begrüßen es, dass die Verwaltung unsere Forderung aufgenommen hat und die potentiellen jugendlichen Nutzer zumindest gefragt werden. Ob deren Erwartungen in die Planungen einbezogen werden, werden wir noch sehen. Vernetzung von sozialen Angeboten und neue Ideen ja, aber einer Verschlechterung des jetzigen Angebots für Jugendliche würde die SPD nicht zustimmen.



Diepholzer Rathaus:
Der Ort der Entscheidung

Kurzatmig und ungerecht statt nachhaltig

Noch vor einem Jahr feierten sich CDU und FDP für ihre Haushaltspolitik selbst. Warnungen der SPD vor einem strukturellen Haushaltsdefizit wurden weggelächelt. Nun müssen schon 2012 insgesamt 1,5 Millionen Euro aus der Kasse entnommen werden, um Defizite auszugleichen. Wie ist die Situation wirklich? Trotz Rekorderlösen ist der Haushalt nur durch die Inanspruchnahme der

liquiden Mittel zu finanzieren. Die laufenden Einnahmen können die laufenden Ausgaben nicht decken. Weit über 4 Mio. € müssen 2013 vom Sparbuch genommen werden. Obwohl jedem klar ist, dass in den kommenden Jahren große Aufgaben zu schultern sind, wird keine Vorsorge betrieben. Fliegerhorst, Freibadsanierung, Innenstadtentwicklung und die Zukunft des Bahnhofs spielen in der Finanzplanung von CDU/FDP kaum eine Rolle. Statt die guten Zeiten zu nutzen, um den Haushalt

der Stadt sturmfest zu machen, werden die Reserven und Spielräume verschenkt. CDU und FDP drücken sich vor unbequemen Entscheidungen. Die guten Einnahmen der Vergangenheit werden allzu optimistisch einfach fortgeschrieben, Risiken ausgeblendet. Die Gebührenhaushalte sind unterfinanziert, die Steuerhebesätze weit unter dem Landesdurchschnitt, während die Gewinnabführungen der Stadtwerke aus dem Gas- und Stromgeschäft zu Lasten der Verbraucher neue Re-

kordhöhen und Rekordrenditen erklimmen. Kurzatmig und ungerecht statt nachhaltig, so lässt sich die Finanzpolitik von CDU und FDP am besten kennzeichnen.

Impressum:
Herausgeber SPD

SPD Ortsverein Diepholz
Ingo Estermann (Vorsitzender)
V.i.S.d.P.G.
Barlager Weg 50c
Telefon: 05441 / 50 88 36

Gestaltung:
Kai Syrnik